

die andere_n Seite_n

Juli 89 Nr.6

Thema: häuserkampf



V.i.S.d.P.: M. Stilo
c/o ASTA TU, Marchstr. 6

projekt

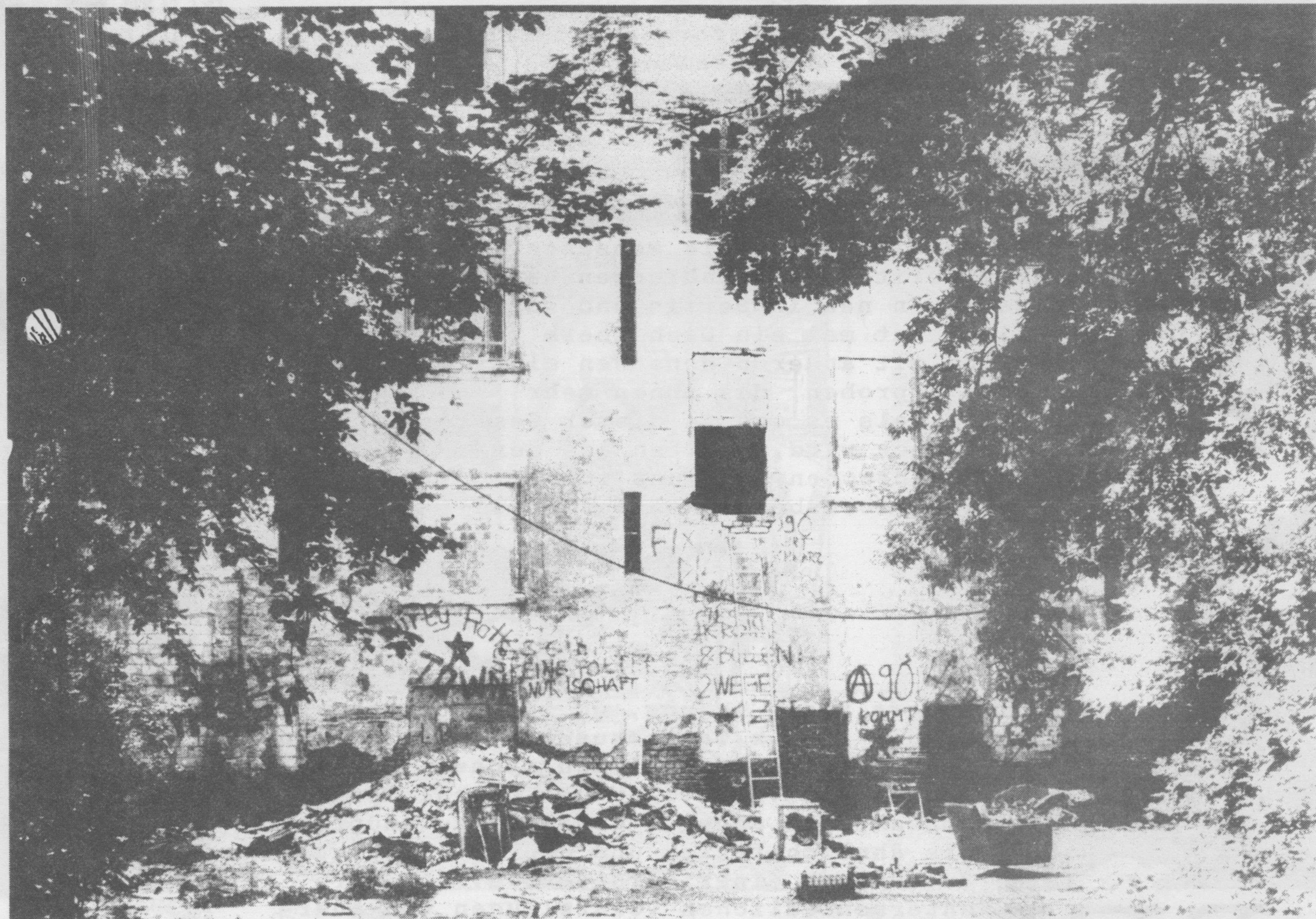
marchstrasse /

Einsteинуfer

Liebe Leute,

seit 'nem halben Jahr sind drei Häuser in der Marchstr. und dem Einsteинуfer besetzt. Hier wohnen insgesamt 80 Leute, gut die Hälfte davon Studierende. Das Besetzung ist aus dem Streik hervorgegangen. Hier soll nicht nur Wohnraum erhalten werden, sondern mit Hilfe autonomer Seminare und Projektwerkstätten wollen sich die BewohnerInnen und UnterstützerInnen direkt an der Sanierung beteiligen und dabei auch Raum für weitere studentische Projekte schaffen. Wer sich näher informieren will, kann sich das ausgearbeitete Konzept der BesetzerInnen in der Marchstr. abholen.

Wir vom ASTA unterstützen die Besetzung und haben beschlossen den BewohnerInnen auch Geld für ihre Öffentlichkeitsarbeit und für notwendige "überlebensmaßnahmen" (fließend Wasser, Klos) zur Verfügung zu stellen, denn wegen des mangelnden Interesses von Seiten des Senats, ist die Besetzung immer noch nicht legalisiert, d.h. die Renovierung kann immer noch nicht anfangen. Diese Ausgabe der "Anderen Seiten" wurde deshalb von den BewohnerInnen der besetzten Häuser gemacht.



DER WEG DER WILDEN WUTZ

Im November '88 bekam die Besetzerbewegung in Berlin neuen Auftrieb. Von der Wohnungsnot betroffene StudentInnen organisierten sich in AG's, bereiteten Aktionen vor, trafen sich mit Mieterinitiativen und Stadtteilgruppen und bereiteten einen Bundesweiten Aktionstag gegen Wohnungsnot am 15.12.88 vor.

Mit dem Aufkommen der studentischen Streikbewegung im Dezember erhielt die Besetzerbewegung zwar einigen Zulauf, blieb jedoch im Wirbel der öffentlichkeitswirksamen Aktionen im Schatten der "StudentInnenbewegung". Immer wieder wurden der Aktivitäten der Wohnungsnotinitiative von Presse und Politikern dem studentischen Protest zugeschrieben. Für uns war jedoch klar, der studentische Protest konnte nur von kurzer Dauer sein, spätestens die gewünschten Reformen würden den Campus befrieden, und der Häuserkampf sollte langfristig eine Perspektive bieten in der Politischen Auseinandersetzung um Freiräume, selbstbestimmte Lebensformen und den repressiven Polizei- und Staatsapparat.

Es schlossen sich uns viele Menschen an, die kaum politische Erfahrungen hatten, einige waren neu in Berlin und wollten vor allem erst mal ein Dach überm Kopf haben und mit anderen Menschen ein Zusammenleben erproben, das ihnen mehr Freiheit bietet als es uns in dieser Gesellschaft zugestanden wird, wollten aus der Vereinzelung ausbrechen, die uns immer wieder in allen Lebensbereichen aufgezwungen wird.

Andere kamen zu uns, um ihre politischen Träume in die Tat umzusetzen: Häuser besetzen, gemeinsame Aktionen machen, Diskussionen und Veranstaltungen organisieren, Kontakte zu anderen Menschen zu knüpfen, die ähnlich fühlen und denken. Alle auf der Suche nach einer Perspektive, die ihre unterschiedlichen Vorstellungen von Anarchie verwirklichen könnte.

BERLIN !

Von Anfang war klar, daß es sich bei der Wohnungsnot nicht um ein studentisches Problem handelte, und an allen Treffen beteiligten sich Menschen aus verschiedenen Zusammenhängen. Wir alle zusammen in einem Haus, einer riesigen WG, ausprobieren was Spaß macht, gemeinsame Interessen finden, zusammen verwirklichen vielleicht gemeinsam arbeiten zu können, sich nicht mehr ausbeuten lassen -- So beschlossen wir als Gruppe in das Haus Marchstr. 23 einzuziehen, als Hausbesetzungen in Berlin immer noch für unmöglich gehalten wurden.

Zusammen mit TU-StudentInnen entwickelten wir deshalb das Konzept Marchstr./Einsteinufer im Januar '89, knüpften Kontakte zur TU, studentischen Projekten und Initiativen, bis hin zur Basis der Oppositionsparteien. Das gemeinsame Projekt sollte von Anfang an die Ghettoisierung der Menschen verhindern. StudentInnen wollen nicht in Studentenwohnheimen eingeschlossen werden, Obdachlose nicht im Asyl. ArbeiterInnen und StudentInnen, SchulerInnen und SozialhilfeempfängerInnen wollen sich nicht mehr spalten lassen um einzeln eingemacht zu werden.

Daß wir dieses Projekt gemeinsam tragen, selbstbestimmt und nicht unter der Knute der "zuständigen" Senatsstellen, ist der eigentliche Sinn dieses gemeinsamen Projekts. Deshalb versucht der "rot-grüne" Senat auch von Anfang an uns in "Studenten und Nichtstudenten" zu spalten. Studentische Bedürfnisse, studentische Wohnungsnot, studentische Projekte... wurden in den Koalitionsvereinbarungen und jetzt auch in den Verhandlungsangeboten immer wieder betont, mit dem Ziel, das gemeinsame Projekt zu zerschlagen. Hinter der dümmlichen Frage: "Wieviele Studenten seid ihr eigentlich?" steht das ablehnde Urteil, um uns letztendlich doch zu räumen.

Bereits im Dezember '88 galt es, die "Berliner Linie" zu kippen, keine Besetzung sollte länger als 24 Stunden geduldet werden. Der Durchbruch gelang mit der Besetzung der PO 2, die 48 Stunden lang gehalten werden konnte. Die BesetzerInnenbewegung war nicht besonders stark und militärisch läßt sich nach wie vor keine Hausbesetzung durchsetzen, nur eine Reihe außergewöhnlicher Umstände machte einige wenige Besetzungen erfolgreich.

Für die Räumung der PO 2 mußte erst der Besitzer aufgetrieben werden. Die protestierenden StudentInnen in unmittelbarer Nähe der Villa verunsicherten den Bullenapparat zusätzlich. In der Nostitzstr. dagegen spielte der Zwangsverwalter nicht mit, er wollte das Haus kurz vor der Zwangsversteigerung nicht räumen lassen und die CDU/FDP-Schweine hatten in den letzten Tagen ihrer Regierungszeit wohl Spaß daran, der "rot-grün" Koalition ein Kuckucksei ins Nest zu legen.

Wir hatten beschlossen, hartnäckig am Ball zu bleiben und begannen deshalb am 21. Februar mit der Belagerung des Geländes Marchstr./Einsteinufer, obwohl unsere Besetzung im Einsteinufer 41 am 15. Dezember '88 damit endete, daß wir schon nach 24 Stunden geräumt wurden und die Henning von Harlessen GmbH das Haus unbewohnbar machen ließ. Wir errichteten unser Hüttendorf um unseren Anspruch auf die Häuser zu bekräftigen und gleichzeitig den drohenden Abriss zu verhindern. Wir hatten somit vier Wochen Zeit, die Besetzung politisch und praktisch vorzubereiten.

Wir leisteten Öffentlichkeitsarbeit, fanden überall Unterstützung und Solidarität und unsere Gruppe erprobte bereits das Zusammenleben unter Verhältnissen, die viel Kraft kosteten, doch wir stellen fest, daß wir gemeinsam unser Ziel näher kamen. Wir konnten unbehellig die Häuser erkunden und die ersten notdürftigen Barrikaden bauen, damit wir nicht gleich am ersten Tag wieder geräumt würden. Die Bullen wußten auch nicht, ob wir nun schon in den Häusern drin waren oder nicht. Dazu kam der Regierungswechsel, der für kurze Zeit möglich machte, die "Berliner Linie" zu kippen, da Bullen- und Senatsapparat in den ersten zwei Wochen ziemlich kopflos waren und nicht wußten, wie sie taktisch auf die Hausbesetzungen reagieren sollten. Dies kam auch den BesetzerInnen der Nostitzstr. und des "Revolutionären Zentrums" in der Frauenhoferstr. zugute.

Am 20. März haben wir die Besetzung der Marchstr. öffentlich gemacht. Alle späteren Besetzungen wurden nach der "Berliner Linie" abgeräumt, obwohl sich AL und SPD erst nach Wochen darauf einigten. Wir wurden zu den "Altlasten" des CDU-FDP-Senat gezählt, die es nun zu befrieden galt.

Die drei Häuser auf dem Gelände Marchstr./Einsteinufer hatten schnell ihre Bewohner gefunden, trotz ihres heruntergekommenen Zustandes, der bauliche Sofortmaßnahmen dringend notwendig macht, um den weiteren Verfall aufzuhalten. Die allgemeine Wohnungsnot und die Aussicht, hier ein selbstbestimmtes Wohnprojekt zu realisieren, brachte viele Obdachlose, SozialhilfeempfängerInnen, SchülerInnen und StudentInnen dazu, hier einzuziehen, tonnenweise Müll zu beseitigen und die Räumlichkeiten notdürftig instandzusetzen.

Der Berliner Senat reagierte auf die Entwicklung sehr zurückhaltend. Es dauerte Monate, bis sich Senatsstellen überhaupt mit unserem Konzept auseinandersetzten und Verhandlungsbereitschaft gegenüber einem "studentischen Konzept Marchstr./Einsteinufer" signalisierten. Gleichzeitig wird betont, daß die Besetzung lediglich als "Zwischennützung" geduldet wird, bis der Senat das Grundstück erworben und über seine weitere Verwendung entschieden hat. In dieser Situation ist eine Instandsetzung, bauliche Absicherung oder interfestmachung der Gebäude nicht absehbar. Eine Räumung mit anschließendem Abriss der Häuser droht somit nach wie vor. Die Hinhaltetaktik in der unsicheren Situation und den schlechten Wohnverhältnissen wirkt sich auf Dauer zermürend auf die Stimmung unter den BesetzerInnen aus. Die verschiedensten Leute unter einen Hut zu bringen erfordert nun neue, größere Anstrengungen. Konflikte entstehen, auch zwischen die Häusern, und nehmen viel Zeit und Kraft in Anspruch. Die Idee, "gemeinsam leben und arbeiten, zusammen kämpfen" läßt sich mühsam umsetzen, und muß Tag für Tag neu erkämpft werden.

Illusionen zerbrechen. Unsere politischen Ideen und Ziele, oft nur konfus vorhanden, müssen vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die Klammer, der gemeinsame Nenner Hausbesetzung, reicht nicht mehr aus, kann und soll nicht alleinige politische Perspektive bleiben, ist es nie gewesen.

Der Kampf um die Befreiung geht weiter!
Solidarität mit allen kämpfenden Menschen
drinnen und draußen!

D I E B E S E T Z T E N H Ä U S E R

M A R C H S T R A ß E / E I N S T E I N U F E R

Berlin-Charlottenburg: Am 20.03.89 wurden die Häuser Marchstr./Einsteinufer nach mehr als vierwöchiger Belagerung mit einem Hüttendorf besetzt.

Voraus ging im Dezember 88 die erste Besetzung durch die TU-Wohnungsnot-Ini und anschließende Räumung und Zerstörung des Hauses Einsteinufer 41.

Ab Mitte Januar 89 wurde in einem autonomen, interdisziplinären Seminar ein Konzept mit unterschiedlichen Nutzungen für die Häuser und Grundstücke Marchstr./Einsteinufer erarbeitet. Vorgesehen sind nebst dem Erhalt der Häuser v.a. zum Wohnen Werkstätten, KiTa, Wohnungsnot-Büro, Volxküche usw.

Der Stand der Dinge (19.06.89)

Wir sind ca. 80 Leute, die die Häuser Marchstr./Einsteinufer besetzt haben. Wir haben uns Raum zum selbstbestimmten und kollektiven Wohnen, Leben und Arbeiten genommen.

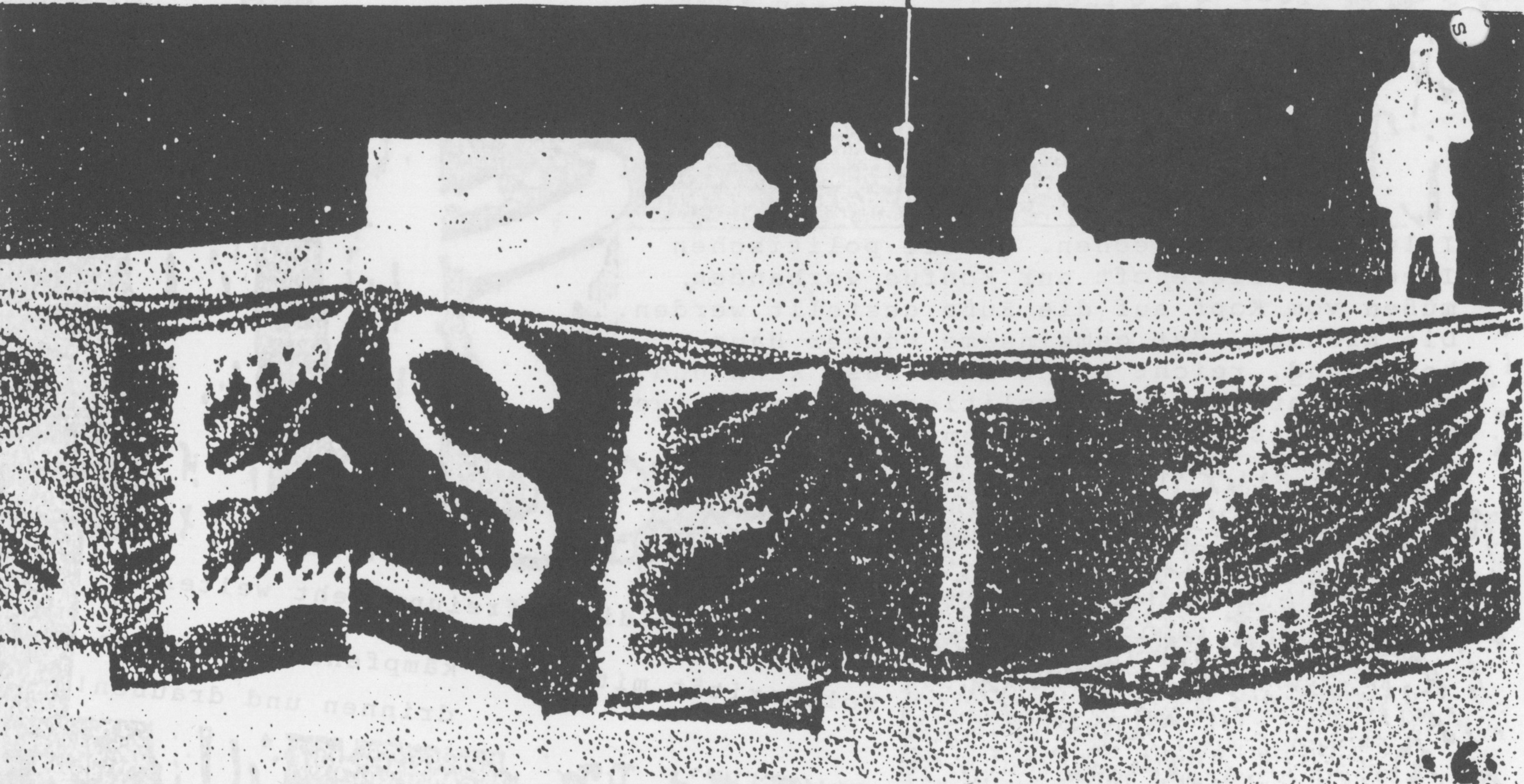
Mit der Besetzung haben wir den Abriß und den Wohnraum erhalten. Wir setzen dabei ein Zeichen gegen die Betonpolitik von Senat.

Seit Monaten sind wir mit der Instandsetzung beschäftigt, die durch Verwahrlosung Einsteinufer 41 wurde im Dezember 88 nach durch die H.v.H.-GmbH demoliert - fast gemacht wurden. Für die Instandsetzung ist Spekulant ebenso verantwortlich wie für Leerstand entstandenen Mülls, in dem wir

Zur Umsetzung unseres Konzepts haben Öffentlichkeit hergestellt und durch Aktionen PolitikerInnen ausgeübt.

der Häuser verhindert durch ein deutliches Zeichen gegen die Spekulationen und

der Häuser verhindert durch ein deutliches Zeichen gegen die Spekulationen und Zerstörung - der Räumung unbewohnbar gemacht unserer Meinung nach der die Beseitigung des durch hier fast ersticken. wir von Anfang an öffentlichen Druck auf die zuständigen



Mit der Umsetzung haben wir auch praktisch schon angefangen: das Info-Café hat seit Wochen - bis jetzt noch auf dem Gehweg - geöffnet. Die Volxküche nutzt ihre bescheidenen Möglichkeiten schon mal zur Versorgung der Häuser. Unser Wohnungsnot-Büro ist mit viel Info-Material zum Häuser- und MieterInnenkampf ausgestattet.

Die Projektwerkstätten Architektur und zwei autonome Seminare der ArchitektInnen werden demnächst ihre ersten Zeichnungen vorlegen.

Desweiteren wird ab Herbst ein energietechnisches Konzept der Architektur-, Energie- und Umwelttechnik- und Energietechnik-StudentInnen erarbeitet.

Am 12.05. fand im Senat eine Anhörung zum Thema Marchstr./Einsteinufer statt. Dabei kamen als wichtig Punkte der Rückzug des geplanten Compu-terzentrums und die Bildung einer Verhandlungskommission heraus. Diese Kommission besteht aus Vertretern verschiedener Senatsstellen wie SenWiFo, SenBauWohn usw.,

VertreterInnen der TU und des Bezirks Charlottenburg.

Sie erarbeiten momentan ihre Position bzw. ihre Umgehensweise mit unserem Konzept und dem Gelände.

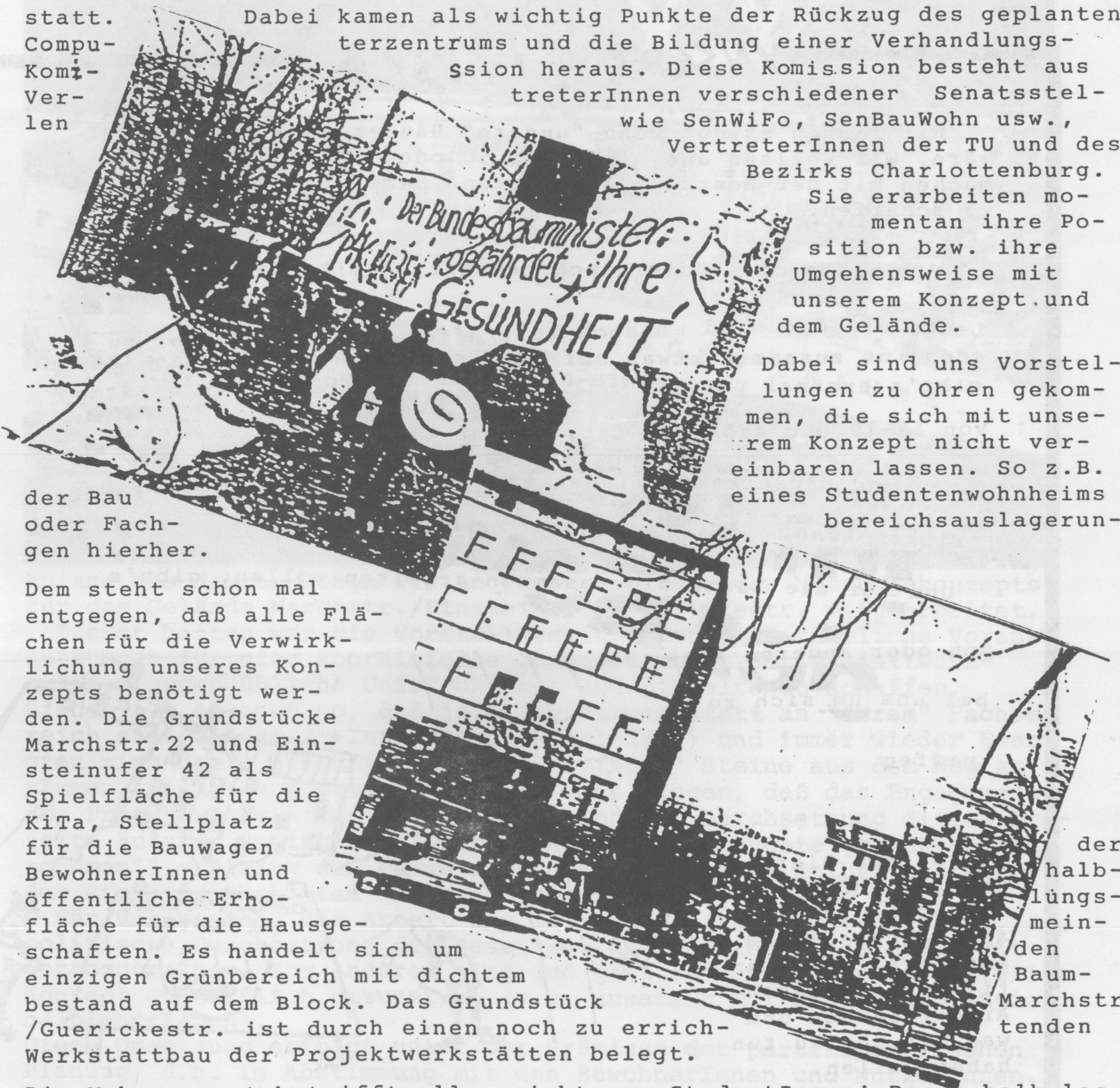
Dabei sind uns Vorstellungen zu Ohren gekommen, die sich mit unserem Konzept nicht vereinbaren lassen. So z.B. eines Studentenwohnheims bereichsauslagerun-

der Bau
oder Fach-
gen hierher.

Dem steht schon mal entgegen, daß alle Flächen für die Verwirklichung unseres Konzepts benötigt werden. Die Grundstücke Marchstr.22 und Einsteinufer 42 als Spielfläche für die KiTa, Stellplatz für die Bauwagen BewohnerInnen und öffentliche Erholfläche für die Hausgemeinschaften. Es handelt sich um einzigen Grünbereich mit dichtem bestand auf dem Block. Das Grundstück /Guerickestr. ist durch einen noch zu errichtenden Werkstattbau der Projektwerkstätten belegt.

Die Wohnungsnot betrifft alle, nicht nur StudentInnen! Deshalb lassen wir uns nicht spalten. Wir wollen und werden weiterhin zusammen wohnen, ohne nach dem gesellschaftlichen Status der/des Einzelnen zu fragen. Deshalb ist studentisches Wohnen für uns kein Thema. Selbstredend lehnen wir auch entsprechend Neubauten für Studentenwohnheime ab.

Aus unserem Konzept wird ersichtlich, daß sowohl für einzelne Projektwerkstätten als auch für interdisziplinäre autonome Seminare selbstverwaltete Räume und Arbeitsmöglichkeiten eingerichtet werden. Die TU



ist also als Nutzerin durchaus beteiligt. Doch eine Fachbereichsauslagerung mit den herkömmlichen Uni-Strukturen würde unserem Konzept von selbstbestimmten Wohnen, Leben und Arbeiten widersprechen.

Difuse Spekulationen über eine Zwischennutzung - was immer damit gemeint sein mag - müssen nach dem bisher Gesagten als blanker Unsinn erscheinen.

Für die entschlossene Verwirklichung unseres Konzepts!!

Wir bleiben drin!!!

UNSERE * HÄUSER

Wir finden es gut wenn "unsere" Häuser auch eure Häuser wäre. Wir wollten uns nicht nur 50 oder 60 Wohnungen klar machen mit der Bestzung und für uns persönliche Freiräume zu schaffen.

Wir haben die Häuser auch besetzt, damit sie für viele

Leute ein Ort sind um sich zu treffen, um miteinander zu reden, um zusammen etwas auf die Reihe zu bringen. Bis jetzt gibt's erstmal unser Info-Cafe, das von Montag bis Samstag von 12-19 Uhr geöffnet ist, wo ihr z.B. Infos zum MieterInnen und Häuserkampf finden und natürlich auch einen Kaffee trinken könnt.

Und für die Leute die zusammen arbeiten wollen, gibt's den oder anderen Raum bei uns um sich zu treffen.

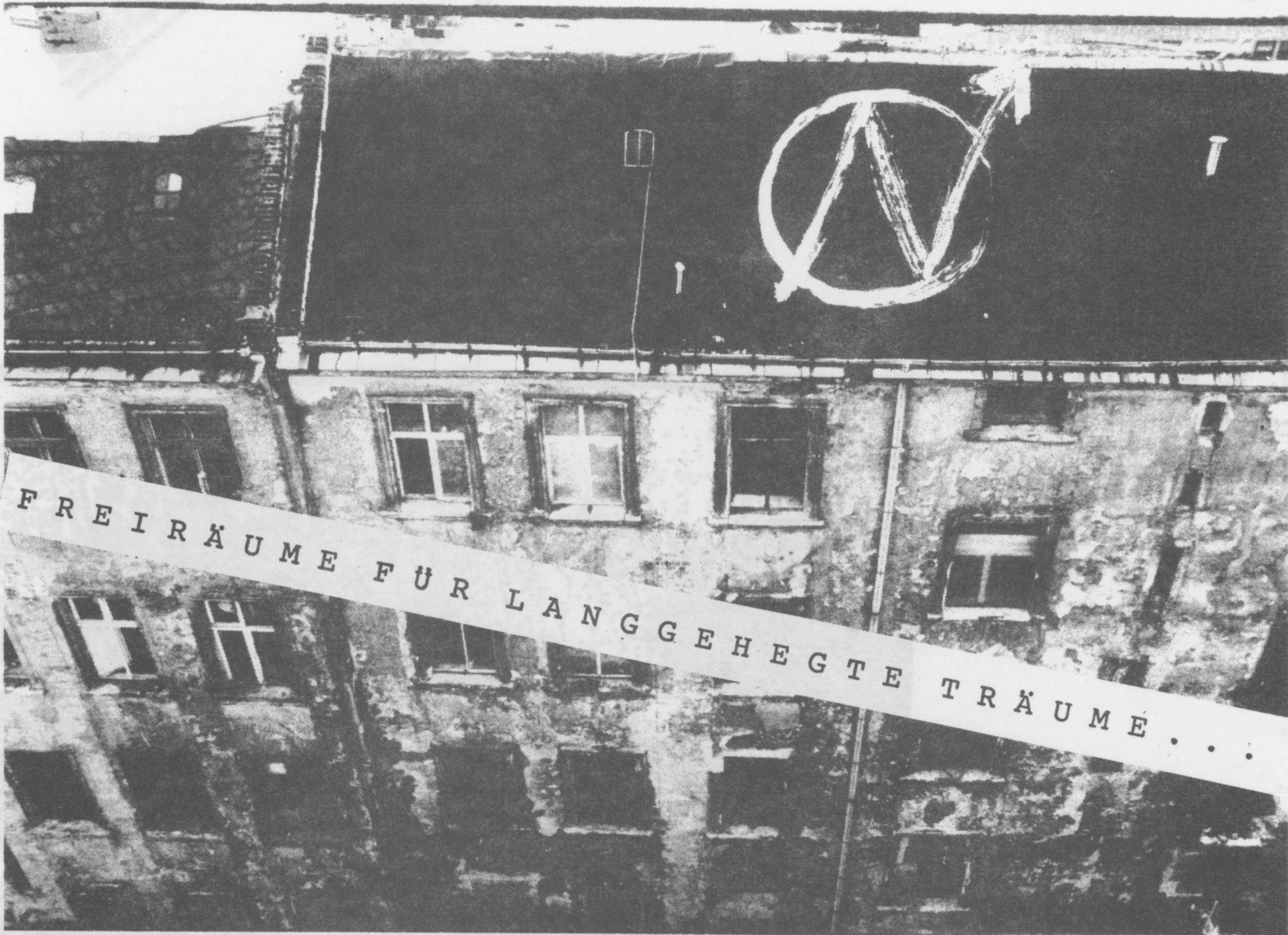
Wir meinen hiermit Gruppen und einzelne Leute die eine antifaschistische, antirassistische, antiimperialistische Arbeit machen und was mit uns zu tun haben wollen.

Das heißt aber auch mit Leuten von den etablierten und Regierungsparteien und ihre Organisationen, Vereinen etc, also allen Staatstragenden wollen wir nix zu tun haben. Und Sexisten fliegen raus, ist doch klar!



Projektwerkstätten an der TU

Die Projektwerkstätten existieren seit 4 Jahren als "Innovationstutorien" an 15 verschiedenen Fachbereichen. Die Rahmenbedingungen dieser Seminare sollen sein: umweltverträglich, innovativ, sozial, selbstbestimmt, interdisziplinär.



Anfang des Jahres haben wir an der Erstellung des Nutzungskonzepts für das Gelände Marchstr./Einsteinufer/Guerickestr. mitgearbeitet.

Zuerst hatten wir die Vorstellung, hier endlich räumliche Voraussetzungen für eine koordinierte Zusammenarbeit der Projektwerkstätten gegen übliche Unistrukturen und -inhalte zu schaffen. Bisher ist es noch so, daß jede Projektwerkstatt an "ihrem" Fachbereich stattfindet ($\leftrightarrow$ Interdisziplinarität ?) und immer wieder Energien sich damit erschöpfen, "bürokratische" Steine aus dem Weg zu räumen. An diesen Tatsachen mag es auch liegen, daß das Engagement des Projektwerkstättenplenums bezüglich der Durchsetzung dieses Projekts äußerst gering ist. Oder sinds Schwellenängste gegenüber "Autonomen"? - Bleibt die Frage nach dem politischen Selbstverständnis der Projektwerkstätten und nicht zuletzt ihrer Haltung zur Uni.

Für uns bestand die Arbeit der letzten Monate zum Einen darin, die politische Durchsetzung der Besetzung und unserer Forderungen mit voranzutreiben, Zum Anderen ging und geht es darum, das aufgestellte Konzept entwurfllich umzusetzen (u.a. zusammen mit Stadt- und RegionalplanerInnen).

Diese Umsetzung erfolgt unter der Prämisse der partizipatorischen Planung, d.h. in Abstimmung mit den BewohnerInnen und NutzerInnen. Die berechtigten Vorbehalte der Besetzer- und Nutzergruppen, von einer Planergruppe "verplant" zu werden, erfordern viel Geduld und Sensibilität auf beiden Seiten. Doch die personelle Verflechtung von BesetzerInnen, PlanerInnen und NutzerInnen ist dafür ein Vorteil.

Beim Entwerfen selbst taucht noch eine ganz andere wesentliche Frage auf:

Kann mensch mit Architektur Kritik an bestehenden Verhältnissen ausdrücken und sie (die Architektur) gleichzeitig nutzbar und erträglich gestalten?

Wenn ja, wie und auf welche Weise hier auf diesem Gelände?

Projektwerkstatt Architektur

wir haben uns die häuser hier
genommen um bestimmte struk-
turen der gesellschaft auf-
zuberechnen. dazu gehören ver-
einzelung und anonymität.

wir wollen uns einen ort
schaffen, wo wir hier im
charlottenburger kiez, mit
allen anderen denen diese
vereinzelung stinkt, kochen,
essen, diskutieren und uns
treffen können.

in den räumen werden info-
veranstaltungen zu allen
politischen und speziell
nahrungspolitischen themen
stattfinden. letzteres ist
uns ziemlich wichtig, da
wir mit dem zeug, was wir
täglich futtern nicht län-
ger die kapitalistInnen
und die ausbeutung der tri-
kont-länder unterstützen
wollen. deshalb: fleisch
gibts nicht!!!

**OHNE MAMPF,
KEIN KAMPF !!!**

...oder was hat essen mit
politik zu tun?

VOLXKÜCHE

Frauenkafé Frauenbibliothek

Wir wollen uns hier die Möglichkeit nehmen mit anderen Frauen zusammen zu machen.

Einfach mal ohne das destruktive Typengequatsche in Ruhe Kaffee zu trinken, zu diskutieren, Filme zu zeigen usw.

Es gibt viel zu wenig Frauenräume.

Wir wollen z.B. über Lebensräume und Arbeitsbedingungen von Frauen diskutieren.

Bei uns Angefangen, was bedeutet für uns Frauen selbstbestimmtes Leben in besetzten Häusern-Kontra patriarchale Strukturen, über Arbeitsbedingungen von Frauen, Frauen im Studium, in der Ausbildung und vieles mehr.

Um uns für die Diskussionen Hintergrundinformationen zu beschaffen wollen wir gleichzeitig eine Frauenbibliothek aufbauen.

Mit Büchern zu allen Frauenthemen z.B. Geschichte der Frauenbewegung, Gentechnologie, Arbeitsbedingungen von Frauen, Frauen und Religion, § 218, Stellung der Frau in der Gesellschaft heute und Diplomarbeiten von Frauen.

Wir wollen das Frauencafé und die Frauenbibliothek mit allen Frauen zusammen machen.

Frauen, die unter akutem Zeitmangel leiden und sich nicht selbst aktiv engagieren können, schaffen es dann vielleicht Bücher, Tische, Stühle und Tassen, also alles was in einem Frauencafé gebraucht werden kann, vorbeizubringen.

FRAUENWIDERSTAND

HÄUSER BESETZEN SOWIESO ?

Nun ist sie wieder ausgegraben, die "Berliner Linie", erfunden vom damaligen SPD-Senat und von Lummer und Kewenig perfektioniert. Es wurde mitgeteilt, dies bedeute, daß bei Vorliegen einer Strafanzeige unverzüglich geräumt werde, andererseits hieß es aber auch, daß die Polizei keine Neubesetzungen dulden werde, das heißt gar nicht erst abwarten wird, ob ein Strafantrag gestellt wird oder nicht. Eine derartige Räumung nach §14, ASOG gab es auch schon am Dienstag. Dies entspricht der Praxis von Kewenig.

Die "Option auf "friedliche Lösungen" im Sinne der Deeskalation, Begrenzung und Entpolitisierung von Konflikten wird also vorerst auf das Revolutionäre Zentrum, Einsteinufer/ Marchstr. und die Nostizstrasse beschränkt bleiben. Und was das in diesen Fällen heißt, beginnt sich ja abzuzeichnen: Ein Ersatzzelt für die "berechtigten multikulturellen Anliegen" oder im Fall der Nostizstrasse vier Wohnungen.

Und die AL?

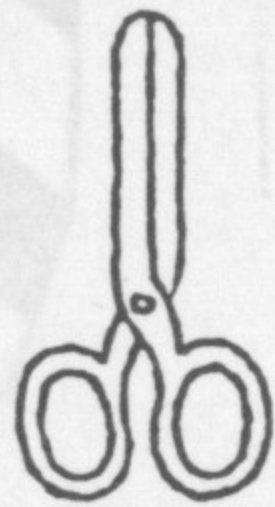
Die Räumungen geschahen, trotz aller Wortklauberei hinterher, einvernehmlich. Mehr noch. Von einem GA-Mitglied war zu hören, daß das Verhalten des Senats auf Hausbesetzungen bereits während der Koalitionsverhandlungen abgehandelt wurde. Die Tatsache, daß bei einem Haus keine Strafanzeige vordefinierte Norm der "Allgemeinen Sicherheit und Ordnung" zur Grundlage eines von ihr mitgetragenen Bulleneinsatzes und sich diese Norm damit zu eigen macht.

Die BesetzerInnen vom Dienstag müssen sich in dem Zusammenhang die Kritik gefallen lassen, nicht auf die Mobilisierung von UnterstützerInnen gesetzt zu haben, sondern auf die "friedliche Lösung" à la rot-grün. Der Zeitpunkt der Besetzungen wurde nicht an einem möglichst zu den eigenen Gunsten herzustellenden Kräfteverhältnis ausgerichtet, sondern am Arbeitsrhythmus eines Baustadtrates, der seinen Einfluß hinsichtlich der Verhinderung von Strafanträgen geltend machen sollte. Ein Kräfteverhältnis in unsere Richtung zu verändern heißt aber die Widersprüche im Senat (wenn es sie gibt) zu nutzen und nicht auf fremde Hilfe zu setzen. Vertrauen wir auf unsere eigene Stärke.

Sowohl von Innen-, Umwelt- als auch Bausenat kam Dienstag das Argument, die besetzten Häuser hätten sich allesamt in einem ordnungsgemäßen Sanierungsprogramm befunden und somit könne von Leerstand keine Rede sein. Davon abgesehen, daß dies in einem Fall (Cuvrystr.) eine glatte Lüge ist und in den anderen Fällen der Beginn der Bauarbeiten über Jahre verschleppt wurde, währenddessen die Eigentümer Leerstandsgelder bezogen, davon abgesehen, daß die BesetzerInnen im Grunde Nutzungsverträge bis Baubeginn gefordert haben, von all dem abgesehen hier noch mal grundsätzlich: Nach wie vor heißt unsere Forderung Instandsetzung und nicht Modernisierung! Eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Modernisierung (ModInst ist auch Modernisierung) unterscheidet sich zwar von Privatmodernisierungen durch die festgelegte Anfangsmiete von meist 4.40 DM, kann aber insofern das Wohnungsproblem nicht lösen, als durch das Verfahren nicht Leerstand abgebaut, sondern neuer geschaffen wird (Häuser werden entmietet, Umsetzwohnungen müssen bereitgestellt werden). Warum aufwendige Modernisierungsverfahren, die sich oft über Jahre hinziehen und nicht Instandsetzungen nach den Vorstellungen der MieterInnen, die ja auch öffentlich finanziert werden könnten? Warum?

Weil die Hausbesitzer möglichst hohe Subventionen kassieren wollen, und die sind bei Zentralheizungseinbau, Thermopanscheiben, Fassadenrenovierung und Kachelbädern allemal größer als bei Instandsetzung in einen menschenwürdigen Zustand. Heymann & Kreuels bekommen z.B. für das ModInst-Verfahren in der Reichenbergerstrasse 63A 500.000 DM in den Rachen geschoben und machen somit ihre Profite nicht wie Privatmodernisierer über horrenden Mietsteigerungen. Vielleicht meint die neue Umweltsenatorin genau das, wenn sie mitteilt, der Senat stelle sich schützend vor die MieterInnen und nicht vor die Profite der Spekulanten.

Ändern wird sich mit rot-grün in Sachen Wohnungspolitik also wenig, auch nicht an der herrschenden Spekulationspraxis. Wahrscheinlich wird der Senat den einen oder anderen besonders eklatanten Fall herausgreifen und hier und da mit Ersatzvornahmen gegen allzu lange dauernde Bauarbeiten einschreiten. Damit wird aber die Systematik, mit der Profite aus dem Besitz von Häusern gezogen werden können, eher verschleiert.



Schere

Lineal

Unterlage

Das Gerede von den "moralisch gerechtfertigten" und demgegenüber ungerechtfertigten Besetzungen hat noch eine andere Funktion: Spaltung! Da haben die neuen von den alten Sozialdemokraten schon gelernt. (Wie wärs mit Demo-Verbot am 1. Mai? d.s.) Wenn die Nostizstrasse jetzt nicht zugreift gibts halt gar nichts. Die Anliegen der Einsteinufer und Marchstrassen-BesetzerInnen sind zwar berechtigt, sie müssen nur aufpassen, daß sie nicht mit den Kreuzberger Chaoten in einen Topf geworfen werden, und das RZ? Da traf selbst eine taz-Überschrift mal den Nagel (leider den falschen) auf den Kopf: "Kultur statt Revolution".

Aber nicht nur unter uns, bzw. unseren Projekten, soll der Keil reingetrieben werden, auch zwischen uns und der sog. Normalbevölkerung. Das Gerede davon, HausbesetzerInnen wollten anderen Leuten die Wohnungen wegnehmen, ist dreckige Hetze mit System. Mit der bloßen Selbstaufforderung: "Lassen wir uns nicht spalten!" ist es nicht getan! Auch in der Szene ist einer manchmal das T-Shirt näher als die Hose. Was der Spaltung und Integration, was der leidigen Verhandlungs- und Nichtverhandlungsdiskussion einzig und allein Grenzen setzen kann, ist die gemeinsam geführte Diskussion über unsere politischen Ziele, die wir unter anderem mit dem Mittel Hausbesetzungen durchsetzen wollen. Wenn unter und Einigkeit darüber besteht, daß unser eigentliches Ziel nicht verträge zu möglichst günstigen Bedingungen sind, sondern die Enteignung aller Hausbesitzer ist, dann sinkt auch die Gefahr gegeneinander ausgespielt werden zu können. Wir verstehen Besetzungen auch nicht als "alternative Wohnungssuche", sondern als unseren Beitrag im Kampf gegen die Tatsache, daß mit dem Grundbedürfnis auf Wohnen Profit gemacht wird. Enteignung, das könnte z.B. heißen, nur noch soviel an Kohle abzudrücken (die Frage ist noch an wen?) wie für die Instandhaltung der Häuser notwendig ist). Mit dieser Forderung sehen wir auch die Möglichkeit, mit möglichst vielen MieterInnen, die genauso wie wir vom Mietzwang betroffen sind, zusammenzukommen.

Doch von dieser Einigkeit scheinen wir zur Zeit weit entfernt zu sein. Auf keinem der Transparente an den Dienstag besetzten Häusern wurde die Enteignung gefordert. Sind denn die Aktivitäten der letzten Monate spurlos an euch vorbeigegangen: Grunewalddemo, Enteignungsforderung, Schwarzes Jahr, oder der Versuch mit dem Mietkampf erstmal am eigenen Alltag anzusetzen, d.h. sich in den Häusern zusammenzuschließen, gemeinsam Mietminderungen zu organisieren und sich gegen Modernisierungsvorhaben zu wehren?

Es muß klar sein, daß Hausbesetzungen, wenn sie den Anspruch haben politisch zu sein, weder reiner Selbstzweck sein dürfen, noch jetzt, unter vermeintlich "günstigeren Bedingungen, als da s neue Kampfterrain hingestellt werden dürfen. Wenn wir langfristig mit unserer Politik soziale Gegenmacht aufbauen wollen, so kann das nur über einen Begriff von Mietkampf gehen, der da ansetzt, wo wir a l l e betroffen sind: Mietzwang, Räumungsklagen, Zwangsräumungen, Knast, aber auch Leerstand, Obdachlosigkeit, Konkurrenz untereinander.

Wir müssen versuchen auf möglichst breiter Ebene ein politisches Klima zu schaffen, in dem sich eine Abschreibegesellschaft, etwa ein Zahnarzt in Wessiland, zweimal überlegt, ob es sich noch lohnt, aus Spekulationsgründen ein Haus in Westberlin zu kaufen. Wir dürfen vor allem auch nicht den Blick auf die unzähligen Privatmodernisierungen verlieren, die uns noch viel mehr in den Teufelskreis Miete-Maloché hineinziehen, und mit denen die Umstrukturierung im Kiez immer weiter vorangetrieben wird.

Das alles und noch vieles andere sind Dinge, bei denen wir es mit dem neuen Senat nicht leichter haben, von denen wir aber meinen, daß sie weiter im Mittelpunkt von Stadtteil- und Mietpolitik stehen müssen. Das heißt aber auch, daß weiter Häuser und Wohnungen besetzt werden, auch und vor allem, weil wir aus unseren erkämpften Freiräumen eine bessere Ausgangsbasis haben um mit den Menschen in den Stadtteilen einen gemeinsamen Kampf gegen Mietzwang und den Zwang zur Arbeit zu führen.

KOMMT ZUR KIEZ - DEMO DURCH NEUKÖLLN

1. APRIL, 12 UHR, ZICKENPLATZ

BEITRAG DER "WILDEN WUTZ" ZUM KIEZSPAZIERGANG, 02.06.89

Wir wohnen seit dem 22.2. in der Marchstraße/Ecke Einsteinufer. Wir haben seitdem das Gelände mit einem Hütten- und Bauwagendorf belagert und vom 20.3. an die drei Häuser besetzt. Wir wollen hier selbstbestimmt zusammen Leben, Wohnen und Arbeiten.

Unser Konzept liegt seit Monaten vor. Es beschreibt unsere Vorstellungen vom gemeinsamen Kampf in den Häusern und wird vom Senat beharrlich ignoriert. Jetzt sollen die letzten Grünflächen mit Neubauten für Studentenwohnheimen zugebaut werden - die Flächen, auf denen jetzt unser Hüttendorf steht und wo später der Spielplatz für die Kita eingerichtet werden soll. Wir werden die Häuser verteidigen.

Während Senat und Bezirksamt andere Häuser mit Knüppel und Schäferhunden abräumt, läßt man uns mit unseren Kindern im Müll ersticken. Weiß weg vom "sozialen Unruheherd" Kreuzberg entfernt fürchten sich die pigs nicht so sehr vor Solidarisierung und beschränken sich auf die lückenlose Observation der BesetzerInnen. Doch die Ruhe trügt: im Senat wurde der Plan diskutiert, Marchstr. und Einsteinufer als "Rache" für den ersten Mai zu räumen. Wir wurden noch einmal verschont. Gleichzeitig wurden im Wedding, in Moabit, Tiergarten, Charlottenburg Neukölln und Kreuzberg alle anderen besetzten Häuser brutal geräumt. Gerade weil die Herrschenden gegen uns ALLE sind, gerade weil sie uns ALLE angreifen wollen, gerade deshalb ist die Form ihres Angriffs unterschiedlich, um uns zu spalten. Obwohl wir dieser Spaltung alle ausgesetzt sind, haben wir der Spaltung in MieterInnen und HausbesetzerInnen bisher noch zu wenig entgegengesetzt. Mietboykott, Hausversammlungen, Stobo und andere Aktionen sind wirkungsvolle Waffen im Kampf gegen die Ausbeutung durch die Miete. Nur gemeinsam können wir erfolgreich gegen Senat und Spekulanten vorgehen.

Die Häuser allein sind es nicht. Wir wollen die Häuser und die Mieten nicht dem SPD/AL Senat und den Spekulanten überlassen und ihrer Politik etwas eigenständiges entgegensetzen. Bis jetzt läuft das alles vereinzelt ab: ganz gleich, ob es um Widerstand gegen schweinische Vermieter, selbstorganisierte Mieterversammlungen oder die letzten Hausbesetzungen geht.

Wir dürfen keine alten Fehler wiederholen. Wir müssen gemeinsam neue Antworten auf ihre Strategie der Umstrukturierung, der Luxus- und Rausmodernisierung finden.

Hausbesetzungen und MieterInnenkampf

Seit zwei Jahren werden wieder vermehrt Häuser und Wohnungen besetzt. In Demos über den Ku'damm, durch den Kiez in Kreuzberg oder jetzt bei der revolutionären 1. Mai-Demonstration gehen Leute dagegen auf die Straße, daß ein immer größerer Teil ihres Lohnes und ihrer Einkommen für die Miete draufgeht. Besetzt wurden im letzten Jahr beispielsweise Wohnungen in der Glitschiner-, der Muskauer-, der Lübbener Straße oder die Etage in der Pfuelstraße, die als eine Art politisches Zentrum genutzt werden sollte. In die Reichenberger 63a gingen mehrmals Leute rein. Während der StudentInnenstreiks wurde das Kempinski und das KaDeWe als Protest gegen Wohnungsnot und zu teure Mieten besucht. Nach diesen beiden Aktionen gingen Leute in die Podbielskiallee, das Tempelhofer Ufer und das Einsteinufer. In der besetzten TU richteten sich sofort Obdachlose häuslich ein. Eine Kiez-Demo durch Neukölln richtete sich gegen die Renditen der Hausbesitzer und mit dem Besuch bei den Spekulantenschweinen in Grunewald wollten wir diesen klar machen, was ihnen blüht, wenn wir sie erwischen.

Aus: "MAI-ZEITUNG" zum 1. Mai '89

Nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus Ende Januar brach eine regelrechte Welle von Besetzungen los. Anfang März gingen Leute in die Nostitzstraße und in das alte Arbeiterschutzmuseum in der Fraunhoferstraße. Nach der Räumung des Einsteinufers 41 im Dezember vergangenen Jahres, sollten die Häuser Einsteinufer/Marchstraße eigentlich abgerissen werden. Mit dem Hüttendorf neben den Häusern konnte dies verhindert werden. Seit dem 20.3. sind die Häuser wieder besetzt. Einen Tag später wurden Häuser in der Adalbertstr. und der Cuvrystr., sowie mehrere Wohnungen in der Sorauer Str., der Lübbener Str., der Köpenicker Str., der Reichenberger Str. und der Leberstraße für besetzt erklärt. Weitere Besetzungen liefen im Februar und im März in der Forster Straße, im März erneut am Tempelhofer Ufer, nach der Neuköllner Kiezdemo in der Weserstraße und am 10.4. in der Urbanstraße. Die Köpenicker Straße 4 trat am 22.3. in den Mietstreik, um die Modernisierung nach den Bedingungen der BewohnerInnen durchzusetzen. Das Haus war vor zwei Jahren besetzt worden. Acht Monate später bekamen die BewohnerInnen

Mietverträge für das Vorderhaus und Teile des Seitenflügels.

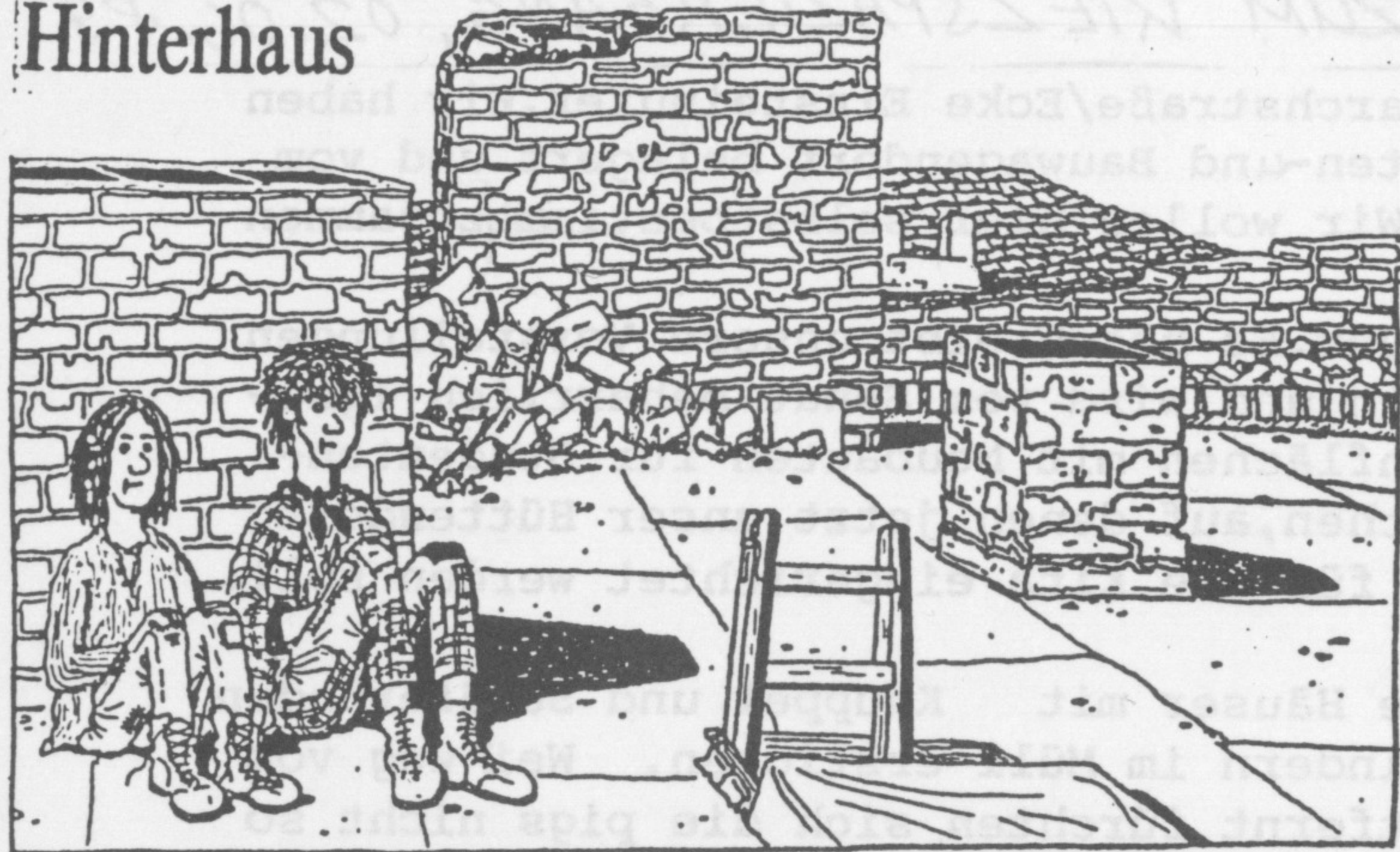
All diese Aktionen sehen wir als Teil von proletarischen Auseinandersetzungen und Kämpfen im Stadtteil, die unserer Meinung nach seit dem 1. Mai 1987 zugenommen haben und dies nicht nur in Kreuzberg. Jedoch zeigen die Räumungen, daß die Auseinandersetzungen doch recht isoliert von einander ablaufen. Es gibt noch keine proletarischen Strukturen, die Räumungen verhindern könnten. Die Räumungen der besetzten Häuser und Wohnungen sind ja nur der spektakuläre Teil der kapitalistischen Gegenmaßnahmen: allein im Märkischen Viertel gab es im vergangenen Jahr 2000 Zwangsräumungen wegen Mietrückständen.

Die am 21.3. besetzten Häuser und Wohnungen wurden vom rosa/alternativen Senat sofort geräumt. Er machte damit deutlich, daß er an der alten "Berliner Linie", keine Haus- und Wohnungsbesetzungen zuzulassen, festhalten werde. Alles was an Besetzungen seither lief wurde dementsprechend abgeräumt. Die beiden Häuser, die nicht geräumt wurden, Nostitzstraße und Einsteinufer, dienen dem Senat ei-

nerseits dazu, sein Gesicht zu schminken. Andererseits greift die Regierung, damit eine Spaltungslinie auf, die in vielen Flugblättern zu den Aktionen in der letzten Zeit geradezu vorgegeben wurde. Die Aktionen seit der Wahl schielten auf die Willensbekundungen des Senates und damit auf die demokratische Öffentlichkeit. In den Flugblättern wurde die besondere Situation der besetzten Wohnungen und Häuser herausgestellt. Sie betonten also Unterschiede, wo es darum gehen sollte, auf die Gemeinsamkeiten unserer Situation als ProletarierInnen Bezug zu nehmen. Es wurde auf die "Rationalität" des Senats gesetzt und dabei dachten viele wohl an die "Senatskrise" von 1980/81.

Klar vom Blickwinkel der bürgerlichen Öffentlichkeit aus gesehen waren die Regierenden Ende 1980 in einer Art "Zugzwang". Daß die massenhaften Besetzungen nicht verhindert wurden, lag aber weder an der Garski-Affäre, noch am bloßgelegtem SPD-Bauwirtschaftsumpf. Es lag einerseits an der Militanz, die die Kämpfe hervorgebracht hatten, und andererseits daran, daß der Senat nicht einschätzen konnte, ob sich der Häuserkampf nicht zu einer breiten Klassenoffensive ausbreiten würde, die über Besetzungen weit hinausgeht. Genau dies tat der Häuserkampf aber nicht, und das brach ihm relativ schnell das Genick.

Neulich, auf'm Dach vom Hinterhaus



- CHRONOLOGIE -

1988

Mehrere Hausbesetzungen in Westberlin

November

Besetzung des Hinterhauses Sorauerstr. 27 - Orlowsky haut die BesetzerInnen mit leeren Versprechungen von Ersatzwo-nraum über's Ohr

Gründung der Wohnungsnot-Ini nach Zeltaktion auf dem Ernst-Reuter-Platz - Sleep-ins an FU und TU

Dezember

04.12. Besetzung der Podbielskiallee 2 in Dahlem

06.12. Beginn des TU-Streiks
Räumung der Po 2

13.12. Besetzung und sofortige Räumung Tempelhofer Ufer 1a

15.12. Besetzung des Einsteinufer 41

16.12. Räumung und Demolierung von E 41 - Der Besitzer, die H.v.Harlessen GmbH, erstattet Anzeige gegen ca. 100 BesetzerInnen und bietet später an, nur die Anzeigen gegen Studies zurückzuziehen

Ab 16.12. Regelmäßige Treffen der Wohnungsnot-Ini

1989

"Ein pechschwarzes Jahr für die Wohnungswirtschaft"

Januar

01.01. Beginn der Autonomen Seminare Marchstr./Einsteinufer - Entwicklung des ersten Nutzungs-Konzeptes

Ende Januar Professoren verschiedener FBe der TU unterstützen das Konzept

29.01. CDU-Senat abgewählt - politisches Vakuum

Februar

02.02. Begehung des Geländes und der Häuser mit Architekten, Martinswerk, TU, Studies, H.v.H.

06.02. H.v.H. stellt Abrißantrag für alle drei Häuser

12.02. Müllaktion bei H.v.H. nach einer TU-StreikVV

21.02. Fest im Hinterhof E 41 und Baubeginn des des Hüttendorfs - fünf Leute, ein Bauwagen



27.02. Baustadtrat Laschinsky (CDU) erteilt Abriß-genehmigung für "unsere" Häuser
Gründung der Wilden Wutz

März

03.03. Die letzten zwei Mietparteien werden "umge-setzt" - akute Abrißgefahr!!!

03.03. - 06.03. Öffentliche Kundgebung auf und vor dem Gelände

08.03. Besetzung der Nostitzstr. 49

09.03. BVV Charlottenburg spricht sich für eine Prüfung des Konzeptes aus - Abrißgefahr vermindert

16.03. Besetzung des ehem. Arbeitsschutzmuseums in der Frauenhoferstr. - "Revolutionäres Zent

Prüfung unseres Konzeptes aus - Abrißgefahr vermindert

16.03. Besetzung des ehem. Arbeitsschutz-Museums in der Frauenhoferstr. in Charlottenburg - "Revolutionäres Zentrum"

20.03. Besetzung der Häuser Marchstr. 23 Vorderhaus, M.23/24 Hinterhaus und wenige Tage darauf Einsteinufer 41

21.03. Acht weitere Besetzungen werden sofort abgeräumt - "Berliner Linie"

Ende März Überarbeitetes Konzept wird herausgegeben

April

01.04. Besetzung und sofortige Räumung der Weser-str. 39 während einer Wohnungsnot-Demo in Neukölln

03.04. RZ aufgegeben

10.04. Besetzung und Räumung der Urbanstr. 23

13.04. GA der AL will sich mit dem Konzept befassen, doch hat es offenbar niemand gelesen

18.04. Geplantes Gespräch zwischen H.v.H. und BA Charlottenburg kurzfristig abgesagt

24.04. Mal-, Müll- und Kleisteraktion bei Riedmüller-Seel, Ekey und Jesse
Erste Störaktion bei Riedmüller-Seel-Veranst.



25.04. Erneute Besetzung und Räumung des ehem. Arbeitsschutz-Museums in der Frauenhoferstr.

28.04. Zweite Störaktion bei R.-Seel-Veranstaltung

30.04. Besetzung der Oranienstr.192 und Mariannen-str. 8 - 10

April, Mai kursieren Gerüchte über Zwischennutzung, Mischnutzung, Studiewohnheime usw. auf unserem Gelände, die v.a. aus dem SenWiFo stammen

Mai

02.05. Räumung der Mariannenstr. 8 - 10

05.05. Zweite Besetzung und Räumung der Po 2

08.05. Räumung der O 192

10.05. TU-Reformfraktion fordert politische Initia-tive für unser Konzept

12.05. Anhörung vor dem Senat wg. Marchstr./Einste-inufer u.a. mit H.Schramm, B.Riedmüller-Seel, TU-Vizepräsi Steinmüller, K.-Zuse-Zentrum-Chef P.Deuflhard, BBMin Wissel und der Wilden Wutz - Rechenzentrum gekippt!!!

Besetzung der ehem. Schultheiss-Fabrik am Tempelhofer Berg 7 - Räumung Tags darauf

13.05. Straßenfest Marchstr./Einsteinufer

16.05. Derfflingerstr. 21 besetzt und geräumt
Beusselstr. 67 "symbolisch" besetzt

19.05. Erneute Besetzung und Räumung der O 192

20.05. Besetzung und Räumung der Biesentalerstr. 4

23.05. Neonazistischer Brandanschlag auf Marchstr.23

25.05. CDU stellt in der BVV Charlottenburg Räumungs-antrag gegen uns, der knapp abgelehnt wird

Juni

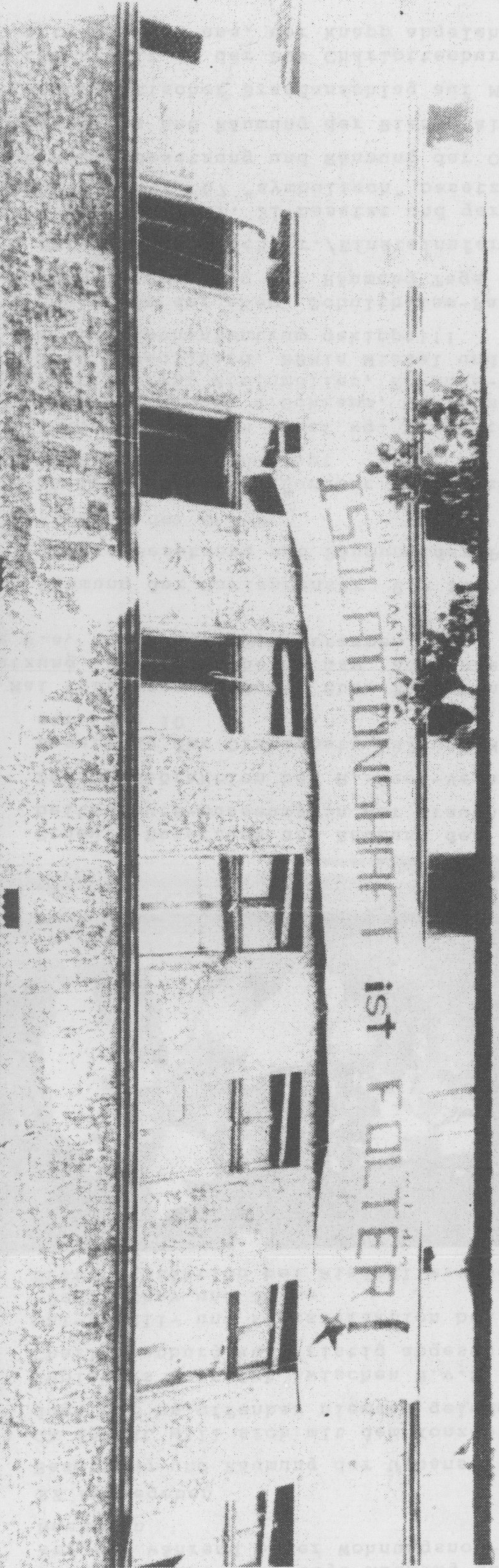
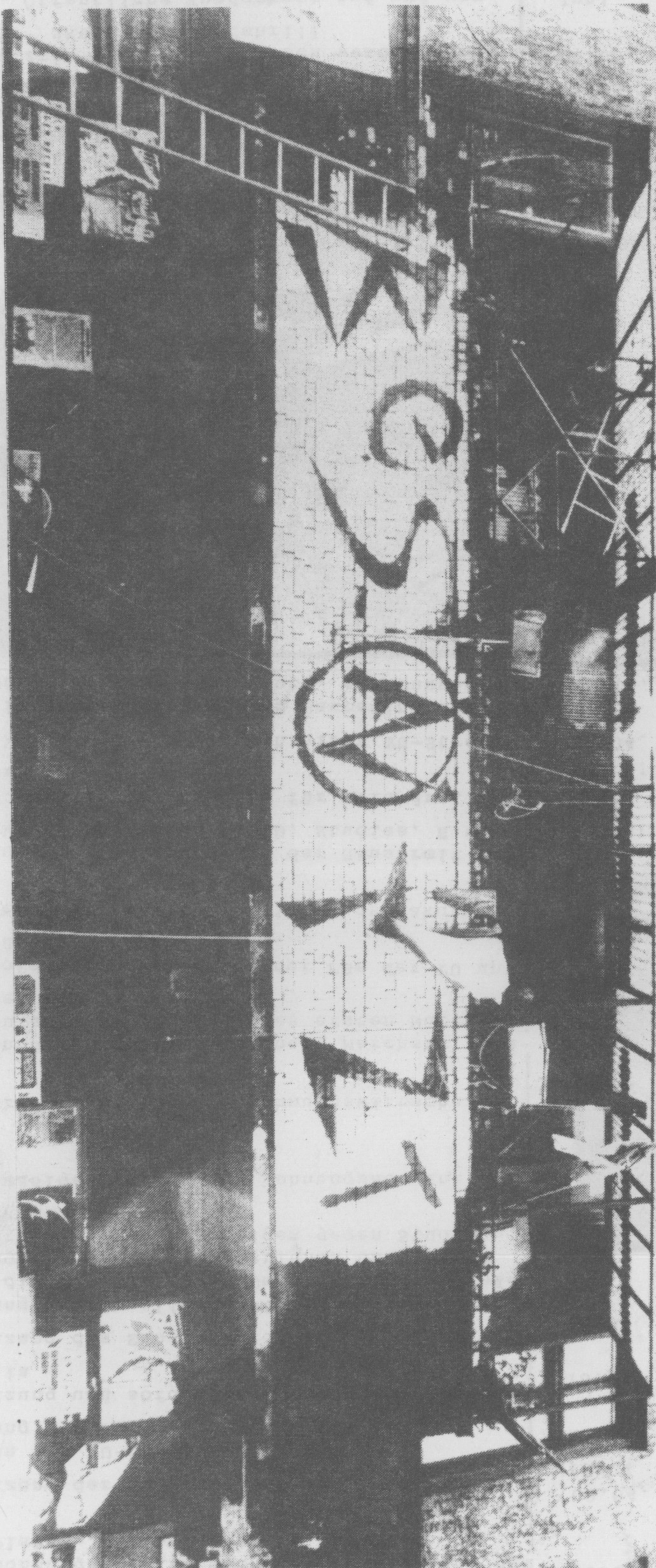
03.06. Zweite Besetzung und tags darauf Räumung der Mariannenstr. 8 - 10 - SPD schlägt vor, das Gebäude als Bullenwache zu nutzen

05.06. Marchstr.23-Besetzer wird von jungen Neonazis zusammengeschlagen

13. 06. Senat beschließt Ankauf der Häuser und Grund-stücke Marchstr./Einsteinufer und Verhandlungen mit uns

24. und 25.06. Wir verlagern den Bauschutt von den Häusern auf den senatseigenen Parkplatz nebenan

29.06. Erste Verhandlungen Senat - BesetzerInnen der Marchstr./Einsteinufer



ISOLATIONSHIFT ist FOLTER!

— СНИМКИ —